

PROFIL

Mitgliedsblatt der CDU Halle - Nr. 65 – 26. Februar 2010

Termine

8. März – 16 bis 18 Uhr
Frauenaktionstag auf dem
Marktplatz von Halle

11. März – 19.00 Uhr 1. Sitzung
des Beirates Familie und Soziales

16. März – 19.00 Uhr Aufstellung
des CDU-Direktbewerbers im
Wahlkreis 37-Halle II, Restaurant
„Palais S.“, Ankerstraße 3c

20. März – 19. CDU-Landes-
parteitag Themen: 20 Jahre CDU,
Entwurf Regierungsprogramm
und Spitzenkandidat

25. Juni – Sommerfest des CDU-
Landesverbandes

13. August – Aufstellung der
Vertreter für die
Landesvertreterversammlung und
anschließend Sommerfest des
CDU-Kreisverbandes Halle

25. September – 20. CDU-
Landesparteitag Themen:
Neuwahl des CDU-Landes-
vorstandes und Verabschiedung
des Wahlprogramms

Impressum

PROFIL – Mitgliedsblatt der
CDU Halle
Hrsg. CDU-Kreisverband Halle
Ulestraße 8 • 06114 Halle
Tel. 3889540/ Fax 3889541
CDUProfil@aol.com
Redaktion: Marco Tullner

Meinungsmonopol für SED-Erben ?

von Marco Tullner

Vor 20 Jahren siegte in Mitteldeutschland die Demokratie. Meinungsfreiheit war dabei eine der zentralen Errungenschaften, auf die wir stolz sein können. Umso erstaunlicher ist die Debatte der jüngsten Tage um eine Veranstaltung zwischen liberaler Naumann- und der Gedenkstättenstiftung mit der Landeszentrale für politische Bildung.

Aufarbeitung, Vergleich der Diktaturen in Deutschland und ihre Auswirkungen auf die Gegenwart waren und sind Leitlinien ihres inhaltlichen Konzeptes. Ausgerechnet Frau Tiedge, vormals Staatsanwältin und stasiverstrickt, fühlte sich nun berufen, Alarm zu schlagen. Gemeinsam mit dem VVN, wettet sie gegen „Westdirektoren“, Revanchismus und Revisionismus. Die SED-Erben als Sachwalter des einzig wahren Geschichtsbildes? Das schien überwunden.

Und dann kam Rüdiger Erben, stellv. Landesvorsitzender der SPD und zuständiger Staatssekretär. Er verhängte Teilnahme- und Redeverbote für Landesbedienstete. Hier wird die Angelegenheit zum Skandal. Wie wirkungsmächtig sind die SED-Erben? Darf es Zensur und Denkverbote in einer freiheitlichen Gesellschaft geben?

Die CDU muss hier eine klare Haltung beziehen. Für Meinungsfreiheit und Demokratie! Dringender denn je.

Gemeinsamer Aufruf von CDA- und CDU-Kreisvorstand Halle zur Betriebsratswahl 2010

Vom 1.3.2010 – 31.5.2010 haben Sie Gelegenheit, Ihre Interessenvertreter für die Betriebsräte zu wählen. Dazu ist es erforderlich, 10 Wochen vorher das Wahlverfahren einzuleiten.

Die betriebliche Mitbestimmung hat für die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Landes eine sehr hohe Bedeutung. Die in den 50er Jahren von der Union eingeführte betriebliche Mitbestimmung hat die soziale Partnerschaft im Betrieb gefördert und zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beigetragen. Die Mitbestimmung ist ein wichtiger Faktor des Erfolgsmodells der sozialen Marktwirtschaft und hat sich bewährt. Gerade bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise haben Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeitgeber gut kooperiert. Gemeinsam mit der Politik haben sie Verantwortung übernommen. Nur so konnten befürchtete Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt abgemildert werden. Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft sind ein hohes Gut. In der Krise sind Arbeitnehmervertreter vielfach zu Co-Managern geworden, die erheblich zum Wohle ihres Unternehmens beigetragen haben. Im Koalitionsvertrag sind Kündigungsschutz und Mitbestimmung unangetastet geblieben.

Nehmen Sie Ihr Wahlrecht war.

**Engagieren Sie sich für Ihren Betriebsrat.
Durch eine hohe Wahlbeteiligung stärken Sie die Akzeptanz ihrer Interessenvertretung.**

Arbeitsrecht und Strafrecht sind nicht vergleichbar

von Manfred Czok (CDA)

Die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) verteidigt Bagatellkündigungen. Die bestehenden Arbeitsgesetze lassen meines Erachtens genug Spielraum als Reaktion auf Verfehlungen zu.

Es ist positiv, dass auch die Arbeitgeberverbände diesen Unsinn kritisieren und sich gegen Bagatellkündigungen in Betrieben aussprechen. In Unternehmen mit einem ordentlichen Betriebsklima sollte es eine Interessenvertretung geben und werden Verfehlungen in vernünftigen Gesprächen ausgewertet und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen. In der Heiligen Schrift sagt Jesus: „Wer ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein.“

Liebe Arbeitsrichter, lest euch diesen Satz richtig durch. Wie verfahren Arbeitsgerichte mit denen, die Arbeitsverträge über 40 Std./Woche abschließen und verlangen, dass ständig 50 Std./Woche gearbeitet werden müssen, aber die Überstunden erst ab der 200. Stunde bezahlen? Wie verfahren Arbeitsgerichte mit denen, die ihren Mitarbeitern keine persönliche Schutzausrüstung für dementsprechende Arbeiten (Nässe, Kälte, Staub, Gefahrenstoffe, Rutschgefahr u. ä.) zur Verfügung stellen, obwohl die Arbeitsschutzgesetze alles regeln? Das ist kriminell und die Folgeschäden belasten die Gesellschaft. Aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes schweigen die Betroffenen. Was haben Arbeitsgerichte gegen Arbeitgeber unternommen, die ihre

Mitarbeiter ausspionieren und sie an ihrem demokratischen Recht, einen Betriebsrat zu wählen, hinderten?

Ich war 15 Jahre Betriebsrat bei Bombardier und zuständig für Arbeits- und Gesundheitsschutz und sorgte dafür, dass meine Kollegen relativ gute Arbeitsschutzbedingungen hatten. Das erforderte einen ständigen Kampf, Hartnäckigkeit und Verweis auf entsprechende Arbeitsschutzgesetze und -bestimmungen. Ganz klar, der Diebstahl einer Boulette oder eines Pfandbons sind Verfehlungen und müssen durch Abmahnung und Androhung einer Kündigung geahndet werden. Das gilt für Verfehlungen eines Vorstandes genau so wie für den normalen Arbeitnehmer.

Wozu eine Umweltzone?

von Andreas Scholtyssek

Seit Monaten wird in Halle über die Einführung einer Umweltzone diskutiert. Befürworter argumentieren es gehe nur um den Schutz der menschlichen Gesundheit und die Einhaltung von EU-Recht. Auf den ersten Blick nachvollziehbar, aber leider werden in der Diskussion zahlreiche Fakten unter den Tisch gekehrt. Die vormals viel zitierte Feinstaubbelastung stellt über das Jahr gesehen zur Zeit keine akute Bedrohung dar. Jetzt bezieht man sich auf die Stickstoffdioxidbelastung der Luft. Seit 1. Januar 2010 gelten strengere Grenzwerte für die Belastung mit Stickstoffdioxid. Dieser neue Grenzwert wird immer als Kronzeuge für die Notwendigkeit einer Umweltzone herangezogen. Der maßgebenden 22. Bundesimmissionschutzverordnung ist zu entnehmen, dass der über das Kalenderjahr gemittelte Messwert den Grenzwert überschreiten muss. Das weiß man aber erst am 31.12.2010 und nicht schon heute. Grenzwertüberschreitungen bei der Stickstoffdioxidbelastung haben wir in Halle an genau einer Stelle, der Paracelsusstraße. Hierzu muss man wissen, dass gesetzlich für die Stadt Halle eine Messstelle vorgeschrieben ist, bei Grenzwertüberschreitungen zwei. In Halle hat das Landesamt für Umweltschutz (LAU) aber inzwischen fünf Messstellen aufgebaut. Mit der fünften und bislang letzten in der Paracelsusstraße ist es den Protagonisten vom LAU dann nach vielen Versuchen auch endlich gelungen eine Stelle mit Grenzwertüberschreitungen zu finden. Man argumentiert, es müsse an der Stelle mit der höchsten Konzentration an Schadstoffen gemessen werden. In der 22. Bundesimmissionschutzverordnung steht aber wenige Zeilen weiter auch, dass die Messstellen repräsentativ und vergleichbar zu anderen Stellen sein müssen. Genau darin liegt das Problem. Will uns das LAU ernsthaft erklären, dass die Paracelsusstraße auf der sich mangels Umfahrmöglichkeiten Autokolonnen von A 38, A 143, A 14, A 9, B 80, B 91, B 100 und der ehemaligen B 6 konzentrieren, ein repräsentativer Belastungspunkt in der Stadt sein soll? Wer das glaubt, geht wohl auch noch davon aus, dass sich die Sonne um die Erde dreht. Die Messwertüberschreitungen an dieser einen Stelle im Stadtgebiet werden nun als Begründung für die Notwendigkeit einer Umweltzone herangezogen. Diese soll sich wie bereits in der Presse dargestellt von Trotha bis zur Paul-Suhr-Straße und von der Saale bis zur Freiimfelder Straße erstrecken. Ein gutes Beispiel, wie man mit Kanonen auf Spatzen schießt. Der Clou an dieser zusätzlichen Bürokratie mit Umweltplakette und ausgesperrten Fahrzeugen (was gerade die heimische mittelständische Wirtschaft schwer treffen wird) ist, dass selbst das LAU einräumt, selbst mit Umweltzone können die Grenzwerte an dieser Stelle nicht eingehalten werden. Ein Schildbürgerstreich und die Stadt ist fest entschlossen mitzumachen! Ist die Umweltzone trotz Wirkungslosigkeit einmal eingeführt, wird sie so schnell auch nicht wieder verschwinden. Durch die Vollendung des Autobahnringes um Halle, dem Weiterbau der Osttangente und die automatische Erneuerung der Fahrzeugflotte ist davon auszugehen, dass das Problem in einigen Jahren nicht mehr existiert. Die

Stadt wäre klug beraten, die Umweltzone noch fünf Jahre aufzuschieben (ist mit EU-Ausnahmeregelung möglich) und die Entwicklung abzuwarten.

Kamingespräch im Schloss

In Teutschenthal trafen sich Ende Januar die Kreisverbände des Burgenlandkreises, des Saalekreises und aus Halle, um mit dem geschäftsführenden Landesvorstand über die strategischen Leitlinien des Vorwahljahres 2010 zu beraten. Nach Beiträgen von Ministerpräsident Prof. Böhmer und Spitzenkandidat Dr. Reiner Haseloff war die Diskussion vor allem durch die Frage nach einer stärkeren programmatischen Ausrichtung der Union geprägt. Der Umgang mit den SED-Erben 20 Jahre nach der Wende sei eine entscheidende Frage für die Wahlchancen der CDU, so einige Teilnehmer. Nur mit einer starken Union kann ein rot-rotes Bündnis in Sachsen-Anhalt verhindert werden. Dazu bedarf es einer klaren Sprache und einer geschlossenen Union, in Magdeburg wie in Berlin.